Kooperation als politische Strategie

Wie kommen wir raus aus der Logik, Klimaschutz von oben organisieren zu wollen? Traditionell gibt es in der radikalen Linken eine Skepsis gegenüber Parlamenten. Die außerparlamentarische Opposition (APO) prägte diese Verweigerungshaltung gegenüber demokratischer Politik. Zu Recht, denn diese setzt einen Rahmen, der echte Lösungen vereitelt und Menschen zur Anpassung zwingt.
Ein Beispiel: Der aktuelle Bundesverkehrswegeplan der Bundesregierung priorisiert Straßenbau. Besser wäre es, Güterverkehr über Schienen zu fördern. Es hätte enormes Potential, Autobahnen mit Solaranlagen zu überdachen. Ein solches steuerbasiertes Programm wäre eine Antwort auf den Ruf nach sicheren Arbeitsplätze, würde den Verkehr sicherer machen und wäre ein Infrastrukturprojekt, das Elektromobilität auf Jahrzehnte nachhaltig stärken würde. Es liegt daher nahe, eine parlamentarische Lösung anzustreben, um fossile Industrie gesetzlich zu begrenzen. Darin besteht die Gefahr für soziale Bewegungen, weil sie Vielfalt einschränkt und Selbstwahrnehmung über die eigene Wirkmächtigkeit an den Erfolg beim Ändern von Wahlergebnissen koppelt. Protest zu organisieren und Parlamente zu etwas aufzufordern, ist kein ausreichender Umgang damit, sondern selbst gewählte Unmündigkeit.
Mit Klimacamps hat sich eine neue Kommunikationskultur etabliert. Im August gab es auf dem Camp Gespräche mit der Initiative „Schnauze voll“. Bei Demos um den Tagebau waren parlamentarische Beobachter*innen dabei. Deutschlandradio Kultur interessierte sich für die Technik des systemischen Konsensierens, eine Entscheidungsform, welche die Widerstände gegen mögliche Ausgänge in den Vordergrund stellt, anstatt wie in demokratischen Prozessen üblich Mehrheiten über Minderheiten zu bilden. Solche praktischen Alternativen gelebter Herrschaftskritik sind nötige Risse im demokratischen Machtapparat.
Nötig ist ein fundamentaler kultureller Wandel. Transparenz als Basis für Vertrauen und Kooperation. Bei Debatten lohnt es sich, zuzuhören, anstatt nur den eigenen Standpunkt anbringen zu wollen. Dem geforderten Kohleausstieg im Rheinland und der Lausitz wird häufig der Erhalt von Arbeitsplätzen entgegen gehalten, um „Strukturbrüche" zu vermeiden. Dies einfach abzutun verspielt die Chance für einen Dialog. Menschen mit Ingenierabschluss können meist mehr, als Bagger fahren, es fehlt oft nur die Motivation, sich auf etwas Neues einzulassen. Durch ein Eingehen auf die Situation lassen sich evtl. Perspektivenwechsel erreichen - auf beiden Seiten. Um neue Projekte entstehen zu lassen, sollte versucht werden, Potentiale in Handlungsmöglichkeiten zu verwandeln.
So sinnvoll es ist, sich an Debatten zu beteiligen, Bewegungen sollten konkreten Widerstand dabei nicht unterlassen, oder ihre Systemkritik verwaschen. In Pressemitteilungen kann ein radikaler Wandel beschrieben werden, gerade weil miteinander nach Lösungen gesucht wird. Dies ermöglicht das Verständnis der Forderung nach einem Systemwechsel.

NETs statt „Klimaschutz“?

Hans-Josef Fell, Autor des EEG-Gesetzes von 2000, beschreibt in seinem Buch "Globale Abkühlung" Methoden, Kohlendioxid zu binden und die Wirtschaft gerechter zu gestalten – mit Erneuerbaren Energien. Ein interessantes Modell ist die erfolgreiche Mikrokreditvergabe durch die Grameenbank z.B. für Solarhome-Systeme in Bangladesh. Während milliardenschwere Kohle- und Nuklearenergie-Förderung bei den ärmsten kaum ankommt, beschreibt Nancy Wimmer in „Innovation und Energie für Millionen Dörfer“ wie Solartechnik und energiesparende Beleuchtung ein effektives Mittel gegen Armut sind und Kindern auch nach Sonnenuntergang ermöglicht, zu lernen. Der Zugang zu Energie wird auch in den UN Millenniumzielen als Schlüssel gegen Armut angesehen, denn in der Regel kommt das soziale Leben mit dem Einbruch der Dunkelheit für Milliarden Menschen zum Erliegen.
Statt dessen setzen Industrienationen nicht (mehr) auf das Einsparen von Emissionen, sondern auf Adaption und „negative emission technologies“ (NETs). Das meint ein späteres (teureres) Binden von Kohlendioxid mit Hilfe moderner z.T. unausgereifter Technik wie Kohlenstoff bindenden Bakterien (10 kg pro Anlage und Jahr), oder BECCS: Energiepflanzen erzeugen in BHKW Strom und Wärme, spalten dabei energieintensiv Kohlenstoff ab, welcher unter der Erde oder im Meer entsorgt werden soll. Die Anlagen und der Transport sorgen dabei für weitere Emissionen. Es gibt Forschungsansätze, Kohlenstoff im Boden anzureichern, indem Grasmischungen statt Energiepflanzen zum Einsatz kommen. Eine andere Option ist der maschinelle Humusaufbau mit Häcksler und Wendemaschinen. Statt Biomasse zu wenden, wobei auch Kohlenstoff entweicht, kann in großen Mieten Wärme erzeugt werden. Doch auch dafür brauchen Maschinen Energie, bisher fossilen Treibstoff. Selbst mit Solarstrom betrieben, bliebe zu vermuten, dass Kompostierung im Rahmen kleinteiliger Permakultur oder Fruchtfolgen effektiver ist.
Weitere Formen des Geoengeneerings sind unausgereifte Großprojekte für Science Fiction-Fans wie Spiegel im Weltall oder künstliche Bäume. Die Frage bleibt, ob und wie innerhalb von hundert Jahren eine Terra-Tonne (10^12 Tonnen) Kohlenstoff aus der Athmosphäre gebunden werden kann. Selbst wenn weltweit auf 500 Mio. Hektar jährlich 10 bis 50 Tonnen Biomasse zum Humusaufbau ausgetragen würden, wären das jährlich nur 5 bis 25 Mrd. (10^9) Tonnen CO_2. Pro Jahr werden 35 Gt ausgestoßen und die globale Anbaufläche von Getreide beträgt 700 Mio. Hektar, jährlich gehen davon etwa 10 Mio. Hektar verloren. Diese mit Agroforst und Humusaufbau wieder in kultuvierbares und bewohnbares Land zu verwandeln, wäre eine sinnvolle Entwicklungs-Aufgabe – im Gegensatz zu Hermes-Bürgschaften zur Förderung von Atomkraft.

Alternative Strukturen gründen

Es ist keine Frage, die Industrielandschaft muss gewandelt werden, angefangen bei der Verschwendung von steuerbebfreitem Strom, bis hin zur Frage nach der Motivation für Produktion - Export oder lokale Bedürfnisbefriedigung.
Denk- und Handlungsspielräume sind in Aktiengesellschaften zu klein für nötige Umgestaltungen. Der Profitzwang diktiert ein höher, schneller weiter. Weg damit!
Kann es helfen, anders zu wählen, grüner zu konsumieren, andere zum Divestment zu bewegen, Abgeordnete zu überzeugen oder selbst im Parlament zu sitzen? Schrittweise vielleicht, aber es sind strukturelle Änderungen nötig.
Wenn wir Produktion und Verteilung von Gütern und Geld an sich kritisieren, brauchen wir eine Alternativstruktur für die gesamte Kette. Partiizipationsprobleme staatlicher Einrichtungen und repressive Strukturen erforden den Aufbau unabhängiger Infrastruktur.
Hört mensch auf, in marktwirtschaftlichen und staatlichen Logiken zu denken, fallen Steuern, Subventionen, Krankenversicherung, vermutlich auch Privatbesitz an Automobilen, Geld, Zins- und Profitzwang weg. Stattdessen baut bedürfnisorientierte Wirtschaft Produktionseinheiten nach Bedarf von unten auf: intelligente stromsparende Produktionsprozesse mit minimalen Ressourcenbedarf und Rohstoffimporten.
Bedeutende Veränderungen beginnen mit naiv klingenden Ideen, doch Energiegenossenschaften sind bereits Realität geworden. Die regierungsnahe Energieagentur NRW zählt 1.000 Energiegenossenschaften in Deutschland und hat mit dem Projekt ENERKON zur Analyse von Konflikten in Energiegenossenschaften einen Leitfaden und Fragebogen veröffentlicht, um Ziel-, Prozess- und Verteilungskonflikte früh zu erkennen und auszuräumen.
Unabhängigkeit von Einkommen beginnt mit Gemeinschaftsbesitz und autarker Produktion von Nahrung, Energie, Werkzeugen bis hin zu Fahrzeugen, Batterien, Solarpanels und Elektronik. Genossenschaftliche Instratuktur kann z.B. Konkursunternehmen übernehmen und Beschäftigte, Betroffene von Umweltprobleme und potentielle Käufer*innen an einen Tisch bringen. Das öffnet den Weg zu gemeinsamer Teilhabe und Prosumption (Produktion und Konsum) im lokalen Rahmen. Ob gewinn- und exportorientiert gewirtschaftet wird, definiert nicht mehr eine kleine Führungsgruppe, sondern die Basis einer Region. Das Ideal ist freiwilliges Beitragen statt Zwangsstrukturen, bei finanziellen Engpässen kann gemeinsam nach Lösungen gesucht werden. Der Mehrwert bleibt in der Gemeinschaft. Dies läuft auf eine Umgehung klassischer Zwangsfinanzierung öffentlicher Einrichtungen und Sozialleistungen (Steuern) hinaus, was sinnvoll ist, denn nur was wir freiwillig geben, macht uns auch glücklich.
Parallell bleibt es nötig, auf Parlamente Einfluss zu nehmen, aber nicht als gelähmte Opposition, sondern als Sprachrohr kreativer Alternativbewegungen. Diese Entwicklung könnte Jahrzehnte dauern, doch wir können jetzt anfangen (und sind nicht die ersten). Kein Grund also, sich von großen Zielen lähmen zu lassen. Nötige neue effektivere Kommunikationstechniken können wir auf dem Weg entwickeln.